



Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2022

Fragen bearbeitet von:

Astrid Vogelheim

Partei:

Bündnis 90/Die Grünen

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO₂ und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO₂ und CO₂-Äquivalente synonym. Ebenso verwenden wir den Begriff Treibhausgase (THG).



Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich zum Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität, höherer Grad an Autonomie in Energiefragen), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2021 noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA¹). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf Milliarden Euro. Ein Teil dieser Versäumnisse entfällt auf unser Bundesland.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja Eher ja Eher nein Nein

3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kipppunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

Ja Nein

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

Ja Nein

1 <https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/>



5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO₂-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO₂-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen.

Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung und unterliegt globalen Zusammenhängen. Deshalb dürfen wir unser Handeln nicht nur auf Deutschland begrenzen.

6. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO₂ zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Landesebene machen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Der Vorteil zu anderen Nachhaltigkeitsstrategien (z.B. Effizienz und Konsistenz) besteht darin, dass keine zusätzlichen Maschinen und Innovationen benötigt werden und Suffizienz daher über Nacht realisierbar ist. Für eine Bewältigung der gegenwärtigen Klima- und Umweltkrisen werden allerdings alle drei Nachhaltigkeitsstrategien gemeinsam benötigt. Ressourcenschonende Lebensstile sollen ermöglicht und bestärkt werden. Viele gesellschaftliche Strukturen und Vorstellungen davon, was normal ist, stehen im Widerspruch zu nachhaltigem Handeln. Das Flugzeug ist dann doch verlockend, wenn eine Zugfahrt nicht nur sehr viel länger dauert, sondern auch ein Vielfaches kostet. Kaum ein Mensch vermag alle Optionen zu übersehen, nachhaltig zu handeln und konsumieren, weil Informationen und Wissen über die Auswirkungen des eigenen Handelns begrenzt sind. Auch kann niemand die durch eigenes Handeln hervorgerufenen Gesamteffekte vollständig erfassen und bewerten.



7. Klimaschutz hat viele Facetten. Daher kommt es bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung der Erdüberhitzung zu Zielkonflikten. Zum Beispiel wird häufig gegen den Naturschutz gehandelt, obwohl Naturschutz integraler Bestandteil des Klimaschutzes ist.

Werden Sie auf eine Auflösung bestehender Konflikte in den Förderprogrammen des Landes hinwirken?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Auch der Artenschutz braucht den Klimaschutz. Gleichzeitig ist das Artensterben eine Bedrohung auch für unser Überleben. Die Ziele Artenschutz und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)² dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auch in NRW auf der Agenda stehen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Als Bauingenieurin der Siedlungswasserwirtschaft, liegt genau hier meine Kernkompetenz. Dieses Themengebiet werde ich im Landtag zu meiner Hauptaufgabe machen. Dafür müssen wir unsere Städte nach dem Prinzip der Schwammstadt ausbauen, Flächen entsiegeln, Überflutungsräume schaffen und intelligente Speichersystem einführen. (Astrid Vogelheim)



9. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW oder die landeseigene NRW.BANK) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir Grünen wollen einen Klima-Check für alle Gesetzesvorgaben und Fördermittel einführen.

10. Welche drei umweltschädlichen Subventionen auf Landesebene sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Strom- und Energiesteuerermäßigung

abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Es existieren diverse Strom- und Energiesteuerermäßigung und Begünstigungen für Stromnetzentgelte die auf den Prüfstand gestellt werden müssen

2.

abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:



3.

abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

11. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Es bleibt nur noch sehr wenig Zeit bis wir irreversible Kipppunkte im Klima erreichen. Deswegen müssen wir jetzt alles in unserer Macht stehende tun, um eine Chance zu haben, den 1,5 Grad Pfad zu erreichen.

12. Werden Sie während Ihrer Zeit in Düsseldorf den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

Ja, ich werde Termine einfordern Ja, aber nicht eigeninitiativ Nein



Verkehr

Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit zahlreichen Ballungsgebieten und einem immensen Verkehrsaufkommen, kommt NRW in einer klimagerechten Mobilitätswende eine ganz besondere Rolle zu. Die Herausforderung liegt darin, allen Menschen, ob in der Stadt oder auf dem Land, nachhaltige Mobilität zu ermöglichen.

1. Ende 2021 wurde im Landtag NRW das neue Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz verabschiedet, um den Rad- und Fußverkehr zu fördern. Unter anderem sollen künftig (ohne konkrete Jahresangabe) 25% des Verkehrsaufkommens in NRW auf das Fahrrad entfallen. Derzeit sind es nur circa 9%.³

Bis wann sollte das Ziel von 25% Radverkehrsanteil am Modal Split erreicht werden?

Bis 2035 (Jahresangabe)

Kurze Begründung:

Für uns Grüne ist der Rad- verkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung unserer Klimaschutzziele.

2. In Aachen kommen momentan 446 PKW⁴ auf 1000 Einwohner*innen. Der aktuelle NRW-Durchschnitt liegt bei 570 PKW pro 1000 Einwohner*innen⁵. Wie sollte sich dieser Wert für eine Großstadt wie Aachen im Zuge einer ökologischen Verkehrswende bis 2030 entwickelt haben?

gewachsen um ca. + %

gesunken um ca. - %

gleich bleiben +/- 0 %

Kurze Begründung:

Statt eines Verkehrsmittels, des Autos, stellen wir den Menschen und seine vielfältigsten Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln erleichtern zu pendeln. Das Auto wird aber für viele weiterhin wichtig sein. Die Autos müssen in der Summe im Sinne der Lebensqualität aller digitaler, leiser, kleiner und leichter sowie klimaneutral und besser recycelbar sein. Weniger Autos und insbesondere Autofahrten wird es automatisch geben, wenn die Infrastruktur für die anderen VerkehrsteilnehmerInnen besser wird. Auf eine Zahl können wir uns dabei nicht festlegen.

3 <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/fahrrad-und-nahmobilitaetsgesetz-100.html>

4 https://aachen.de/DE/stadt_buerger/aachen_profil/statistische_daten/aachen_zahlen/juli_2021/index.html

5 <https://www.it.nrw/570-pkw-je-1-000-einwohner-nrw-autoland-nrw-statistiker-legen-aktuelle-storymap-zur-pkw-dichte-vor>



3. In NRW werden nach wie vor zahlreiche Neubauprojekte für Landesstraßen geplant und durchgeführt, obwohl NRW bereits nach Bayern das zweitlängste überregionale Straßen-/Autobahnnetz⁶ hat.

Stimmen Sie der folgenden Aussage zu:

In Zeiten der Klimakrise sollten solche Projekte auf ein Mindestmaß reduziert oder vermieden werden.

Ja Eher ja Eher nein Nein

4. Sie können im Folgenden bis zu drei Gründe nennen, die Ihrer Meinung nach dennoch den Neubau von überregionalen Straßen und Autobahnen in NRW rechtfertigen.

1. _____
2. _____
3. _____

5. Circa 4,7 Millionen der 9 Millionen Erwerbstätigen⁷ in NRW pendelten 2020 über die Grenzen ihres Wohnortes hinweg zur Arbeit. Im Jahr 2016 nutzten 70,2% der⁸ Erwerbstätigen in NRW den PKW für den Weg zur Arbeit. Dies hat Unmengen an Treibhausgasen, Lärm, Luftverschmutzung, Unfällen, Ressourcenverbrauch (PKW-Produktion, Straßeninstandhaltung,...) und andere negative Effekte zur Folge.

Können diese mit Pendelverkehr verbundenen Probleme allein durch den Umstieg auf E-PKW und eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV kurz- und mittelfristig gelöst werden?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Wenn (eher) nein:

Sollten regulatorische/ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden?

Kurze Begründung:

Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und PKW Verkehr gefördert. Sie reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat keine Zukunft. Wir setzen auf starke Verlagerung von Straßenverkehr auf ÖPNV und Radverkehr.
Die Mittel für den Straßenneu- und -ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten – zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schieneninfrastruktur. Wir bauen Radwegennetze aus und setzen dort, wo noch das Auto gebraucht wird auf E-Mobilität.

6 <https://www.statistikportal.de/de/transport-und-verkehr/ueberoertlicher-verkehr>

7 <https://www.it.nrw/pendlerstatistik-nrw-mehr-als-jeder-zweite-erwerbstaetige-pendelte-2020-eine-andere-gemeinde-105777>

8 <https://www.it.nrw/nrw-mehr-als-80-prozent-der-erwerbstaetigen-aus-kleinen-gemeinden-pendelten-2016-mit-dem-pkw-zur>



6. Welche Rolle nimmt der motorisierte Individualverkehr in Ihrer Mobilitätsutopie für Aachen ein?

Freitext:

Perspektivisch endet der Individualverkehr an den Pforten der Stadt. Der ÖPNV ist so gut ausgebaut, dass er neben dem Radverkehr die attraktivste Alternative ist, in die Stadt zu gelangen. Für den Einkauf gibt es ein Liefersystem. Anwohner und körperlich beeinträchtigte Menschen bekommen Ausnahmegenehmigungen.



Kreislaufwirtschaft

Wiederaufbereitung von Verpackungskunststoffen, die mit diesem wiederaufbereiteten Kunststoff hergestellte Kleidung und deren unweigerlich erfolgende Entsorgung im Hausmüll sind kein Kreislauf. Stattdessen ist es ein Beispiel für eine Einbahnstraße, an deren Ende die Rohstoffe auf Deponien oder in Brennöfen verloren gehen.

Eine echte Kreislaufwirtschaft mit tatsächlich geschlossenen Kreisläufen hält die Rohstoffe im (Wirtschafts-)System. So werden Umweltzerstörung und Emissionen vermieden. Emissionen werden beispielsweise dadurch eingespart, dass Rohstoffe mehrmals verwendet werden können und nicht neu gefördert werden müssen und Teilschritte in der Verarbeitung entfallen.

Dann müssen insbesondere keine (neuen) Minen gebaut oder erweitert werden, wofür Regenwald gerodet wird (z.B. [Kupfer-]Minen im [ecuadorianschen] Regenwald⁹). Dies verhindert Emissionen durch Entwaldung.

Darüber hinaus werden mit einer 30%igen Schrottbeimischung im Hochhofen bei der Stahlproduktion rund 20% THG eingespart.

Wenn ausschließlich Schrott im Elektroofen genutzt wird, sind es sogar 84% THG-Einsparung. Die Prozentangaben sind jeweils im Verhältnis zu einer fünfprozentigen Schrottbeimischung im Hochhofen zu verstehen.¹⁰

1. Werden Sie sich für die Errichtung einer Kreislaufwirtschaft in NRW bzw. der Beteiligung sämtlicher Akteur*innen aus NRW an (je nach Stoffkreislauf) lokalen / nationalen / europäischen /... Kreisläufen einsetzen oder Ihre Kolleg*innen bei diesem Vorhaben unterstützen?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

9 <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/ecuador-kupferminen-bergbaufirmen-100.html>

10 <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REPO303.pdf>

Seite 59 des Berichts, Seite 61 des PDF-Dokuments. Der Bericht des UBA Österreich betrachtet die Prozesse für Österreich. Die Ergebnisse sind auf Deutschland übertragbar



2. Der oben genannte Aufbau einer Kreislaufwirtschaft bzw. die Befähigung der Akteur*innen aus NRW zur Kreislaufwirtschaft lässt sich unter anderem damit fördern, dass die öffentliche Hand nur noch kreislauffähige Produkte bezieht. Kreislauffähigkeit wird unter anderem durch Cradle to Cradle¹¹ zertifiziert, sodass z.B. die C2C-Zertifizierung als Ausschreibungsmerkmal herangezogen werden könnte. Wie stehen Sie zu der Förderung der Kreislaufwirtschaft durch das Land, indem öffentliche Gelder (des Landes) an Kreislaufwirtschaftskriterien gekoppelt werden?

- Kreislauffähigkeit sollte ein zwingendes Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein.
- Kreislauffähigkeit sollte ein Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein.
- Kreislauffähigkeit eines Produkts sollte nur in der Beschaffung des Landes eine Rolle spielen, nicht jedoch in z.B. den Förderprogrammen des Landes.
- Ich finde nicht, dass Kreislauffähigkeit ein Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein sollte.

Kurze Begründung:

In einer echten Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche über das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar und leicht recycelbar. Unser Ziel für NRW heißt „Zero Waste“ bis spätestens 2050. Wir unterstützen Unternehmen auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft mit gezielten Förderprogrammen und klaren Rahmenbedingungen.

3. Eine Reparatur ist ein leichter Weg, ein Produkt mit sehr geringen CO₂-Kosten funktionstüchtig zu halten. Dadurch werden die im Produkt durch seine Herstellung enthaltenen Treibhausgase und Rohstoffe in dem Sinne gespart, dass keine erneute Herstellung nötig ist.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung Reparaturen erleichtern wird?

Dies kann zum Beispiel über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturen und Gebrauchtgegenstände oder einen unkomplizierten Zugang zu Bauplänen sowie Ersatzteilen und anderen für die Reparatur notwendigen Informationen geschehen.¹²

Ja Eher ja Eher nein Nein

¹¹ <https://www.c2ccertified.org/get-certified/product-certification>

¹² Dies fordert neben unter anderem die Verbraucherzentrale NRW.
<https://www.verbraucherzentrale.nrw/ltwnrw>



Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen, da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.¹³

1. Pauschale Abstandsregeln für Windenergieanlagen zur Wohnbebauung behindern die Energiewende massiv ohne die Akzeptanz¹⁴ zu erhöhen. Werden Sie die Abstandsregel¹⁵ ersatzlos streichen?

Ja Nein

2. Um wieviel GW werden Sie Wind- und Solarenergie in NRW pro Jahr ausbauen?

1 GW Wind Bis zu 5 GW Solar

3. Das EEG räumt den Bundesländern die Möglichkeit ein, die Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten¹⁶ zu erweitern.¹⁷ Werden Sie dort zusätzliche Flächen für Photovoltaik freigeben? In welcher Größenordnung?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Größe der Fläche:

Ziel: 2% der Landesfläche

¹³ <https://iea.blob.core.windows.net/assets/>

¹⁴ <https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Akzeptanz/>

¹⁵ https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=29504&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=517851

¹⁶ https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_3.html

¹⁷ https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_37.html



4. Werden Sie eine Solarpflicht für neue Privat- und Gewerbebauten einführen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und Contractingmodelle können hier unterstützend wirken.

5. In NRW sind Abstände von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen zu Nachbarhäusern vorgeschrieben. Dadurch können die vorhandenen Solar-Potenziale auf Dächern nicht ausreichend genutzt werden.

Werden Sie den Bau von Photovoltaikanlagen ohne Abstände bei hoher Brandschutzklasse ermöglichen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:



Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der damit verbunden Ernährung kommen große Rollen zu. Sie sind nicht nur für direkte Emissionen verantwortlich, sondern haben zusätzlich enormen Einfluss auf die Biodiversität. In Anbetracht der Tatsache, dass Biodiversitätskrise und Klimakrise sich gegenseitig anheizen, ist auch eine umfassende Biodiversitätsstrategie von Nöten.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholung und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten.

1. Setzen Sie sich dafür ein, dass das Land die Pachtverträge seiner verpachteten Flächen zum nächstmöglichen Zeitpunkt so anpasst, dass in Zukunft ausschließlich eine ökologische Bewirtschaftung (von zertifizierten und umstellenden Betrieben) stattfindet?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, über einen Waldfonds Waldflächen aufzukaufen, um diese naturnah zu bewirtschaften. Waldbesitzer, die ihre Wälder selbst bewirtschaften wollen, sollen beim Umbau auf eine naturnahe ökologische Waldbewirtschaftung unterstützt werden.

2. Setzen Sie sich für eine Essens- bzw. Menüumstellung in allen in Frage kommenden Kantinen, Schul-/Kita-Küchen und ähnlichen Landeseinrichtungen auf regionale, fleischarme und ökologisch hergestellte Produkte ein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Es braucht eine systematische Neuausrichtung des Politikfeldes „Ernährung“. Wir wollen eine Ernährungsstrategie erstellen und die Außer-Haus-Verpflegung neu ausrichten. Diese wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss endlich strategisch angegangen werden. So können wir die regionale Landwirtschaft fördern, eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten und gleichzeitig eine gesunde Verpflegung für uns und unsere Kinder sicherstellen.
<https://gruene-nrw.de/2022/04/nrw-isst-besser-fuenf-forderungen-fuer-eine-nachhaltige-ernaehrung-in-nrw-ein-positions-papier-von-mona-neubaur-und-norwich-ruesse/>

3. Setzen Sie sich in den forstwirtschaftlich genutzten Waldbereichen dafür ein, dass der Anteil von liegendem und stehendem Totholz auf mindestens 10 Prozent erhöht wird und mehr gefällte Laubbäume im Wald belassen werden?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:



Städtebau, Bauen, Stadtgrün

Deutschland ist gebaut. Dennoch entfallen circa 40% des deutschen Energieverbrauchs inklusiv des Betriebs der Gebäude auf diesen Sektor. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern¹⁸. Hieran hat die sog. graue Energie (Emissionen aus Herstellung, Transport und Verwertung) bei Neubauten einen Anteil bis 50%. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Darüberhinaus leistet die Versiegelung von Freiflächen, insbesondere Grünflächen, für unterschiedlichste Baumaßnahmen einen Beitrag zum Klimawandel und der Zuspitzung der nicht weniger existenziellen Biodiversitätskrise.

Dieser Schwund von 5 bis 8 ha pro Tag in NRW soll schon seit Jahren deutlich reduziert werden, mit dem Ziel auf eine klimaneutrale Null zu kommen. Bisher ist keine Reduktion zu erkennen, der Wert stagniert im Wesentlichen.¹⁹

1. Welche gesetzlichen Vorgaben streben Sie auf Landesebene an, um die graue Energie zu minimieren?

a) Landeskreislaufwirtschaftsgesetz novellieren

Kurze Begründung:

b) Digitalen Produktpässe (Pilotprojekts in Zusammenarbeit mit der EU)

Kurze Begründung:

Alle Produkte/Gebäude, etc. sollen idealerweise langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar und leicht recycelbar sein

c) Industriepakt

Kurze Begründung:

Neues Förderprogramm für Industrie (Industriepakt), damit die Unternehmen in klimaneutrale Prozesse investieren können

¹⁸ <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/>

<https://globalabc.org/resources/publications/2020-global-status-report-buildings-and-construction>

¹⁹ <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/bodenschutz-und-altlasten/flaechenverbrauch>



2. Die eingangs erwähnten Emissionen fallen bei der Sanierung von Bestandsgebäuden in erheblich geringerem Maß an. Hierzu findet zurzeit eine Anhörung der durch die Architects for Future (A4F) entwickelten MusterUMBauordnung im Rahmen der Bauministerkonferenz statt.²⁰

Welchen konkreten Schritte möchten Sie ergreifen, um die MusterUMBauordnung im Landesrecht (z.B. Landesbauordnung) umzusetzen?

a)

Anpassung der kfz-Stellplatzpflicht

Kurze Begründung:

Unsere Mobilitätskonzepte priorisieren Fahrrad und ÖPNV. Nachweis eines Kfz-Stellplatzes sollte Abhängig vom Besitz eines PKWs sein und nicht Voraussetzung beim Bau von Wohnungen

b)

Anpassung der Abstandsflächen

Kurze Begründung:

c)

Anforderungen an die Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen in Bauwerken

Kurze Begründung:



3. Das oben erwähnte immense Müllaufkommen bedeutet einen immensen Ressourcenverbrauch und steht dem Aufbau einer Kreislaufwirtschaft entgegen.

Welche gesetzlichen Vorgaben auf Landesebene streben Sie an, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren und ein Bauteil- bzw. Baustoffrecycling verpflichtend einzuführen?

a)

Kurze Begründung:

b)

Kurze Begründung:

c)

Kurze Begründung:



4. Der größte Anteil der Energieverbräuche findet im Handlungsbereich Gebäude im Bereich der Wärmeversorgung statt. Die kommerziellen Wohnraumanbieter bzw. -ersteller werden durch die EU-Taxonomie in Zukunft gedrängt – wenn auch wahrscheinlich nicht ausreichend – hier Verbesserungen vorzunehmen.

Wie möchten Sie den großen Anteil der Einzeleigentümer verpflichten und unterstützen ihren Beitrag zur Wärmewende zu leisten?

a)

Kommunale Wärmeversorgung unterstützen

Kurze Begründung:

Der Gebäudebestand hat rund 35 Prozent Anteil am Endenergieverbrauch und trägt mit rund 11 Prozent zum NRW-weiten CO₂-Ausstoß bei. Dies liegt unter anderem am großen Anteil von Heizungen mit fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas sowie fehlender Dämmung der Häuser. Denn die Mehrzahl der Wohngebäude wurde errichtet, bevor es 1979 die erste Wärmeschutzverordnung gab. Deshalb bietet gerade der Gebäudesektor ein erhebliches Einsparpotential an klimaschädlichen Gasen.

b)

Kostenfreie Energieberatung

Kurze Begründung:

Wir unterstützen die Erstellung von individuellen klimagerechten Sanierungskonzepten stärker und bauen in den Kommunen Energiekompetenzzentren auf. Bei den Sanierungskonzepten sind die Gebäude jeweils individuell zu betrachten, denn je nach Lage, Alter und Zustand des Gebäudes sowie vorhandener Energie- und Heiztechnik können unterschiedliche Lösungen zielführend sein.

c)

Öffentliche Zuschüsse und Kredite für energetische Gebäudesanierung

Kurze Begründung:

Schon heute sind die Heizkosten für viele Menschen eine große finanzielle Belastung, die durch die Steigerung der Öl- und Gaspreise noch größer geworden ist.



5. In Anbetracht der eingangs erwähnten Versiegelung in der Größenordnung von 5 bis 8 ha pro Tag in NRW und der Tatsache, dass die Ressource Boden nicht einfach vermehrt werden kann, besteht hier akuter Handlungsbedarf.

Werden Sie den Grünflächenschwund im Sinne eines ganzheitlichen Schutzes und der Erhaltung der ökologischen Funktionen der Grünflächen stoppen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan wieder die Zielsetzung, den Flächenverbrauch von aktuell über 8 Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf 5 Hektar pro Tag zu begrenzen, bis 2035 auf netto null abzusenken und danach langfristig auf eine Nettoentsiegelung von Flächen hinzuarbeiten. Mithilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu versiegeln.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Flächenverbrauch tatsächlich zu leisten sind und in Zukunft nicht etwa in finanzielle Ausgleichsmaßnahmen umgewandelt werden?²¹

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.